

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 13 (1933-1934)
Heft: 2

Artikel: Gedanken nach der Bewilligung des zweiten schweizerischen Anlehens an Österreich
Autor: Ammann, Hektor
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-157692>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gedanken nach der Bewilligung des zweiten Schweizerischen Anleihens an Osterreich.

Von Hektor Ammann.

In einer Session ist die so lange umstrittene und in der Schwebe gehaltene Anleihe an Osterreich schließlich von beiden Kammern der Bundesversammlung ge—schluckt worden. Die schweizerischen Millionen kommen gerade zurecht, um in Osterreich die Diktatur Dollfuß = Baugoin stützen zu helfen, was vielleicht nicht gerade beabsichtigt war; wir können uns wenigstens schwer vorstellen, daß unsere Freisinnigen ausgerechnet eine klerikale Diktatur haben unterstützen wollen. Dabei ist natürlich immer noch nicht sicher, ob nicht doch noch schließlich eine ganz andere Richtung von dem Geschäft den Vorteil haben wird, nämlich der Kommissar Hitlers in Osterreich. Besteht so über den glücklichen Nutznießer der schweizerischen Millionen leider noch nicht völlige Klarheit, so ist zur Beruhigung unseres Bundesrates wenigstens darüber kein Zweifel möglich, daß wir unsere Millionen unbestreitbar auf Nimmerwiedersehen los sind. Einige Mühe hat es ja gekostet, bis sie draußen waren; es ist eben nicht immer ganz leicht, sein überflüssiges Geld auf elegante Art zum Fenster hinauszuschmeißen!

Wir wollen uns aber nun gar nicht weitere Gedanken über unsere neueste Anlage von Bundesgeldern machen, sondern wir möchten an dieses Ereignis einige grundsätzliche Erörterungen anknüpfen. Erstens einmal scheint uns der ganze Vorgang ein unverkennbares Bild unserer gesamten Bundespolitik, der innern wie der äußern, zu geben, dieser **Bundespolitik**, die ausschließlich von dem Gesetz des geringsten Widerstandes geleitet wird. Von der Innenpolitik will ich hier gar nicht weiter sprechen. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß die Bewilligung der Millionen an Osterreich in einem Augenblick erfolgt ist, wo man in der Schweiz die sämtlichen Unterstützungen für kulturelle und wissenschaftliche Zwecke sozusagen ohne Ausnahme wesentlich beschneidet. Dieser kulturelle Abbau ist bereits für das Jahr 1933 erfolgt, da man hier natürlich auf keinen allzu großen Widerstand stoßen kann. Die Parallele dazu bietet die Behandlung der Ausgaben für das Wehrwesen. Hier spart man einige Millionen dadurch ein, daß man bei den Ausrüstungsgegenständen die für den Ernstfall vorgesehenen Reserven angreift. Man spart daran, daß man einzelnen Jahrgängen die gesetzlich vorgeschriebenen Wiederholungskurse schenkt und so einen wesentlichen Grundsatz unseres Wehrwesens verletzt, der lautet: Gleiches Recht für alle! Man spart auch dadurch, daß man möglichst wenig Leute rekrutiert und so den eigentlichen Grundpfeiler der Armee, die allgemeine Wehrpflicht, ansägt. Nichts wirkt ja auf die Massen stoßender, als wenn völlig taugliche Leute ihrer Dienstpflicht nicht genügen. Man hat diesen Ausweg nach dem Weltkrieg in ausgedehntem Maße beschritten und scheint auch jetzt nicht weit davon zu sein.

Diese Beispiele ließen sich leicht vermehren; ich habe aber nur ein paar Fragen unseres Wehrwesens berücksichtigt, weil unsere militärische Lage ihre unmittelbare Rückwirkung auf unsere Außenpolitik haben muß. Und von dieser bin ich ja ausgegangen, zu ihr wollen wir jetzt auch zurückkehren. Die Oesterreicheranleihe gehört, wie gesagt, ins gleiche Kapitel. Denn in unserer Außenpolitik ist das Ausweichen nach der Stelle des geringsten Widerstandes schon längst Trumpf. Deshalb war es auch keinen Augenblick zweifelhaft, daß man sich an dem Anleihen zur Unterbindung des Anschlusses Oesterreichs an Deutschland beteiligen würde. Die Großmächte wünschten es und die Schweiz ist marschiert. Sie hat ihren Beitrag zur Finanzierung der Politik der Großmächte geleistet, trotz der ungünstigen Finanzlage im eigenen Haus. Man fand eben, daß es weniger Schwierigkeiten machen würde, das widerstrebende Parlament gegen dessen innere Überzeugung zum Ja-sagen zu bringen, als selbst ein Nein gegenüber den Mächtigen in Paris, Rom und London zu wagen.

Genau das gleiche Bild erleben wir in der Zonenfrage, wo man gegenwärtig von Bern aus den neuen französischen Verschleppungsmanövern mit einer wahren Lammesgeduld zusieht. Es scheint eben an gewissen Orten in Bern immer noch der Geist umzugehen, der einmal in einer außenpolitischen Botschaft des Bundesrates seinen geradezu rührenden Niederschlag in der Feststellung fand, daß ein Abkommen deshalb so wunderschön sei, weil es dem fremden Staate keine Opfer auferlege. Das Opfer haben wir nämlich selber gebracht!

* * *

Nun ist aber das Oesterreicherabkommen auch geeignet, einige Gedanken über unser Verhältnis zur französischen Politik zu veranlassen. Wir befinden uns als Geldgeber zur Verhinderung des Anschlusses in der Gesellschaft der drei Großmächte der ehemaligen Entente und einiger Kleinstaaten wie Belgien und Holland. Über die Veranlassung der Großmächte zur Gewährung des Darlehens ist man sich ja klar. Vor allem weiß man, daß Frankreich den Anschluß um jeden Preis verhindern will. Es hat ja seinerzeit das Wirtschaftsabkommen zwischen Deutschland und Oesterreich zum Anlaß genommen, um sowohl die Finanzen von Oesterreich wie Deutschland aufs stärkste anzugreifen. Es hat bei jedem Verdacht nach der Anschlußrichtung hin sofort sein schwerstes diplomatisches Geschütz auffahren lassen, ja noch schärfere Waffen angewendet, sodaß sogar England sich dazwischenstellen mußte. So ist auch die ganze Anleihe an Oesterreich in erster Linie ein französischer Schachzug.

Daß bei einem solchen Unternehmen Belgien mit dabei sein muß, ist selbstverständlich. Widerstandslos marschiert es ja hinter der französischen Führung her. Trotz seiner schweren finanziellen Schwierigkeiten baut es auf Geheiß Frankreichs seine Landesbefestigung zum völligen Anschluß an den großen französischen Gürtel vom Mittelmeer bis zu den Ardennen aus.

Trotz immer schwieriger werdender Geldnöte hilft es auch ohne weiteres mit, Österreich zu „sanieren“, obgleich es doch dort wahrlich nichts verloren hat. Frankreich winkt, Belgien marschiert!

Schon etwas unbegreiflicher ist es, daß Holland sich in der Reihe der Geldgeber befindet. Hat dort die Tatsache den Ausschlag gegeben, daß man Österreich schon einmal Geld vorgestreckt hat und dann auch durch eigene Landesfinder an der Aufsicht über Österreich mitbeteiligt war? Oder ist auch dort heute der französische Kurs so mächtig, daß man sich dem Begehren der Mächte nicht entziehen wollte? Glauben könnte man es schon, wenn man die Intensität der französischen Propaganda sieht, die sich in Holland entfaltet. Ein Regen französischer Orden und Auszeichnungen ergießt sich über das Land. Die französische Kulturpropaganda arbeitet mit großen Mitteln. Eigene Häuser werden dafür angekauft, besondere kulturelle Missionen in den holländischen Zentren unterhalten. Und man kann auch feststellen, daß diese Arbeit bei einflußreichen Kreisen des Landes ihre Erfolge gehabt hat. Sei dem, wie ihm wolle, Holland befindet sich auf jeden Fall bereits ziemlich häufig in enger Gesellschaft mit Frankreich.

Ja und nun die Schweiz? Wieso kommt sie in diese Gesellschaft? In der Hauptsache wohl dadurch, daß sie seit dem Ausgange des Weltkrieges glaubt, dem allgemeinen Kurs folgen zu müssen. Und in diesem Kurs gibt eben immer wieder Frankreich den Ton an, trotz allem, was England und Italien hier und da unternehmen. Es gibt so seit 1918 in der internationalen Politik mancherlei Dinge, die „man“ eben mitmacht. Und zu den „man“ gehört auch die Schweiz. Völkerbundspolitik, Abrüstungspolitik, Schiedsgerichtspolitik gehören zu diesen Dingen, meist in der von Frankreich gewünschten oder ihm wenigstens nicht unangenehmen Form. Und nun ist die Schweiz eben in diesem Kometschweif Frankreichs auch zur Beteiligung an der Österreicheranleihe gekommen!

* * *

Und noch etwas muß einem bei der Österreicheranleihe Gedanken machen. Der Bundesrat hat es zwar glücklicherweise vermieden, sich an den demütigenden politischen Bedingungen für Österreich zu beteiligen. Er hat es auch vermieden, sich offen dazu zu bekennen, daß er den Anschluß bekämpfen wolle. Er hat aber doch erklärt, daß die schweizerischen Milionen gegeben würden, weil die Schweiz ein Interesse an der Aufrechterhaltung eines selbständigen Österreichs habe. Ich halte diese Erklärung für falsch und unklug, politisch unklug!

Einmal für falsch! Wir hatten natürlich ein Interesse daran, die alte Doppelmonarchie an unserer Grenze zu haben mit ihren 50 Millionen Einwohnern, als vierten Gewichtstein in dem Gleichgewichtssystem rund um die Schweiz. Das verlieh uns einen gewissen Rückhalt. Das heutige Österreich kann diese Aufgabe in keiner Weise erfüllen. Es ist mit seiner Schwäche und Hinfälligkeit ein Herd steter Unruhe, ein Anreiz für politische In-

triguen aller Art. Wir sind keinen Augenblick sicher, daß sich nicht an unserer Ostgrenze schwerwiegende Ereignisse vollziehen, deren Auswirkung auch uns treffen kann. Wir haben also eigentlich alles Interesse daran, daß hier einmal wirklich standfeste Verhältnisse geschaffen werden. Diese aber kann ich mir nicht anders vorstellen, als im Anschluß Österreichs an Deutschland, dem natürlichen Zusammenschluß zweier Gebiete, die einander längst entgegenstreben.

Nun weiß ich wohl, daß gegen den Anschluß bei uns militärische und wirtschaftliche Gründe ins Feld geführt werden. Ich bin jedoch der Ansicht, daß wirtschaftlich durch den Anschluß nicht viel geändert werden wird. Militärisch aber kann uns diese Verschiebung im Osten nicht stark treffen. Wir haben gegenüber Deutschland ohnehin eine so offene Grenze, daß die Umfassung im Osten kaum mehr nötig ist. Und wer garantiert uns, daß nicht im entscheidenden Augenblick Österreich in seinem sozusagen wehrlosen Zustand ohne weiteres in einen Konflikt mit hineingezogen würde? Sicher kein Mensch! Wir können also diese Grenzverlängerung gerade so gut ertragen, wie wir seinerzeit die französische Grenzverlängerung durch die Wiedereroberung des Elsasses ertragen haben. So vermag ich kein schweizerisches Interesse in einer Verhinderung des Anschlusses zu erblicken.

Ich halte aber eine Stellungnahme der Schweiz gegen den Anschluß als politisch unklug. Die Frage des Anschlusses ist heute eine der brennendsten Fragen des gesamten deutschen Volkes. Der deutsche Nationalismus sieht darin das nächste und erstrebenswerteste Ziel seiner Bestrebungen. Wer sich hier einmischt, greift in innere deutsche Verhältnisse ein und tritt gegen eine geistige Strömung auf, von deren Stärke und Schlagkraft wir nun nachgerade einige Vorstellungen haben sollten. Wenn das die Schweiz nun tut, so läuft sie Gefahr, früher oder später eine derbe Abfuhr zu erleiden, und das möchte ich unserm Lande wirklich nicht gönnen. Überlassen wir also die Anschlußbekämpfung den Franzosen und besorgen wir unsere eigenen Angelegenheiten!

Nun kann ich mir allerdings eine Entwicklung der österreichischen Dinge denken, gegen die der jetzige Zustand sicher noch besser ist. Das wäre eine Aufteilung Österreichs und damit eine Festsetzung Italiens an unserer Ostgrenze. Das würde dort einen neuen Herd ständiger Unruhe und vor allem deutsch-italienischer Entfremdung schaffen. Davon könnte ich mir für die Schweiz nichts Gutes versprechen, da wir alles Interesse an der Schaffung friedlicher und wirklich tragfester Verhältnisse in Europa haben. Die Italiener in Vorarlberg wären aber auch wirtschaftlich und vor allem militärisch unangenehm, da sie hier unsere schöne Alpenfront umfassen könnten. Nun ist es ja möglich, daß man im Bundeshaus diesen Fall im Auge gehabt hat bei der Erklärung, daß wir für die Erhaltung des gegenwärtigen Zustandes ein Opfer bringen sollten. Dann aber hätte er eben etwas deutlicher reden sollen, um ärgerliche Mißverständnisse zu vermeiden!